

Dresdner Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Abonnementpreis mit der tägl. Unterhaltungsbeilage Leben, Wissen, Kunst für Frauen- und Jugendbeilage einschließl. Bringenmonatlich 90 Pf. und die Post bezogen vierteljährlich M. 2.75, unter Kreuzband für Deutschland und Österreich-Ungarn M. 3.—. Erscheint tägl. mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.
Redaktion: Dr. Jägerstraße 14, II. Tel. 3465. Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr.
Expedition: Dr. Jägerstraße 14. Tel. 1769. Geschäftszeit von 8 Uhr morgens bis 7 Uhr abends.
Anzerate werden die gespaltene Zeile mit 50 Pf. berechnet, bei dreimaliger Wiederholung wird Rabatt gewährt. Vereinsanzeigen 25 Pf. Anzerate müssen bis höchstens 1/10 Uhr früh in der Expedition abgegeben sein und sind im voraus zu bezahlen. — Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Nr. 203. Dresden, Montag den 2. September 1912. 23. Jahrg.

Zwei Welten.

Ein Trinkpruch des Kaisers.

Der Kaiser hat seine Erkrankung überwunden. Er hat Berliner Schloß eine brandenburgische Festtafel abgehalten, dabei einen Trinkpruch ausgebracht, der nicht unbeachtet bleiben kann. Bei früheren Zusammenkünften „seiner Majestät“ der Kaiser mehrmals sehr schroffe Reden gehalten, diesmal er zwar in der Form ziemlich maßvoll, aber er machte Lehren, die wiederum beweisen, wie weit doch des Kaisers Anschauungen von denen eines sehr großen Teils des deutschen Volkes abweichen.

Der Kaiser sagte zu den versammelten Herrschaften, er sei kein „germ und leichtes Herzchen“ zu ihm kommen und nicht, wie einst vor 500 Jahren die Abgeordneten der Mark zu Kaiser Siegmund „mit beidseitigen Klagen und Bitten um durchgreifende Hilfe“. Dann führte der Kaiser aus:

„Wenn ich meine, wir können mit den heutigen Verhältnissen trotz den Unvollkommenheiten, die nun einmal allem Irdischen anhaften, zufrieden sein. Vorwiegend durch ein schlagfertiges Heer und eine wachsende Flotte geschützt, kann in unserem geordneten Staatswesen der Landmann seinen Acker bestellen, der Kaufmann, Fabrikant und Handwerker seinem Gewerbe nachgehen, und der Arbeiter seines wohlverdienten Lohnes gewiß sein; sie alle können sich der Früchte ihrer Arbeit und der Gaben unserer Kultur erfreuen.“

Weiter sprach der Kaiser davon, daß seit 500 Jahren, die Hohenzollern in die Mark gekommen sind, alles sich glücklich gestaltet habe. Der ganze Trinkpruch war erfüllt mit Verherrlichung der Vorfahren, die der Kaiser als „Helden“ bezeichnete, und von der Ueberzeugung, wie wunderbar schön es gesehe sei.

Es mag wohl sein, daß die im Berliner Schloß bei der Festtafel versammelten Herren mit den Worten des Kaisers einverstanden sind. Außer den Mitgliedern des kaiserlichen Hofes waren deutschen Fürstlichkeiten waren da hohe Generäle, hohe Regierungsbeamte, Oberbürgermeister und Abgeordnete, Polizeipräsidenten und Konsistorialpräsidenten, die in die Staatsämter festlich versammelt; auch eine große Anzahl der Hofbeamten, Kommerzienräte und Bankiers saßen nicht. Von allen diesen Personen dürfte der Kaiser nicht mit Unrecht annehmen, daß sie nicht mit „Klagen und Bitten um durchgreifende Hilfe“ zu ihm gekommen sind. Diese Personen sind für die Schicht, aus der sie hervorkommen, die Kompositivschicht allerdings zum Ueberlaufen gefüllt.

Aber sehr weiten Kreisen des deutschen Volkes erschallen Worte von der Berliner Festtafel wie eine Märchenfabel einer andern Welt. Der Kaiser meint, wir könnten mit den heutigen Verhältnissen zufrieden sein; es gebe wohl Unvollkommenheiten, aber sie hätten nun einmal allen Irdischen. Der Kaiser meint weiter, unser Staatswesen sei wohlgeordnet, alle Stände können zufrieden ihren Geschäften nachgehen, auch der Arbeiter sei seines wohlverdienten Lohnes gewiß und könne sich der Früchte seiner Arbeit und der Gaben unserer Kultur erfreuen. Das ist eine rosarote Beurteilung der heutigen Zustände, die in weitestem Abstände steht von den Wünschen und Gedanken der Millionen, die vernachlässigt und bedrückt sehen. Das ist die Sprache aus einer Oberwelt, die in der Unterwelt der arbeitenden Massen nicht verstanden wird. Die Massen des Volkes können das heutige Staatswesen wahrlich nicht als wohlgeordnet ansehen. Sie sehen, daß in diesem Lande die Höhe des Lebensgenusses führen, daß Stellen und Löhne nicht nach Anlage und Befähigung, sondern auf Grund sozialer Vorrechte erworben werden, daß zahlreiche Arbeiter niedergehalten und getreten werden, daß zahlreiche Anschauungen über ihre Lage befangen sein kann. Die Massen mit größter Verwunderung, daß sie sich der Früchte ihrer Arbeit und der Gaben der Kultur erfreuen dürfen. Sie erleben es täglich, daß das heutige Wirtschaftssystem sie in die schmerzliche Arbeit zwingt, daß sie dem Kapital unterworfen, was Künstler und Gelehrte der Welt gegeben haben, daß sie sehen an den blaffen Gesichtern ihrer Kinder die schmerzliche Forderung der notwendigen Lebensmittel, die nicht von den Unvollkommenheiten herrührt, die allem Leben anhaften, sondern von ganz anderen Ursachen.

Auch die Worte des Kaisers, die das Ausland berühren, sind den völkischen Widerstand erregend. Es dünkt uns, daß diesen kriegerischen Uebermut vom „Uebermut“ der anderen Völker in anderen Staaten als schwerer Verstoß ihrer nationalen Ehre empfunden und man erinnert sich dort, daß der Kaiser oft gerade aus früheren Reden des Kaiser Siegmund zu klagen hätten: „Unsere Zukunft liegt nicht im Meer — der Herr des atlantischen Ozeans — der Herr der Erdkrone unter dem Schild aufhängen u. s. f.“

Die Forderung guter friedlicher Verhältnisse unter den völkischen Nationen können solche Worte, wie sie jetzt

wieder der Kaiser gesagt hat, nach unserer Ueberzeugung ebenso wenig dienen, wie die immer wachsenden Rüstungen, die von den anderen Staaten mit gleicher Münze heimgezahlt werden. Die Festtafel im Kaiserpalast — die schwer um des Lebens Nötigstes ringenden und oft in Not und Elend darbenenden Volksmassen — das sind zwei Welten, die eine verschiedene Sprache sprechen und einander nimmer verstehen!

Wermuth der Warner.

Der neue Oberbürgermeister von Berlin, der vorige Schatzsekretär Wermuth, den die schwarzblauen Steuerhosen zu Fall brachten, hat sich über die Aufstellung des neuen Reichsetats 1913/14 zu einem Mitarbeiter der Post. Jg. recht bemerkenswert ausgesprochen. Man weiß, daß die Schwarzblauen und mit ihnen v. Bethmann-Hollweg und der neue Schatzsekretär Kühn den Etat 1912/13 nur mit allerlei Schiebepfeifen fertiggestellt haben, um der Frage der Vermögenssteuern auszuweichen. Wermuth legt jetzt dar, daß eine gesunde Finanzwirtschaft für 1913/14 nur erzielt werden kann, wenn den konterbait-merikanischen Künsten das Ende bereitet und die Einführung einer neuen Vermögenssteuer durchgesetzt wird.

Wermuth führt u. a. aus: „Es fragt sich jetzt, ob es dem Reichskanzler und dem Bundesrat gelingen wird, den nächstjährigen Etat so zu balancieren, daß er in sich eine geschlossene wirtschaftliche Einheit bildet, also nicht auf die Ergebnisse früherer Jahre sich stützt und damit zwar über augenblickliche Verlegenheiten hinweghilft, die Schwierigkeiten der Zukunft aber immer noch vergrößert. Ich denke hier an die Verwendung der Ueberüberschüsse des Jahres 1911. . . . Es liegt die Gefahr ungemein nahe, daß man zur Herstellung des Gleichgewichts im ordentlichen Etat große Beträge aus diesem Ueberüberschuss (von 1911) abzupfen, einem Fonds, der in Wirklichkeit gar nicht vorhanden ist. Denn die Ueberüberschüsse des Jahres 1911 haben bereits dazu gedient, die Anleihen der vergangenen Jahre, zu denen das Gesetz die Ermächtigung erteilte, entbehrlich zu machen und darüber hinaus Schulden zu tilgen. Wenn also jetzt die Ueberüberschüsse zu anderen Zwecken verwendet werden, so würde man die frühere Verwendung, mit der eine heilsame Entwicklung für die Zukunft angebahnt werden sollte, rückgängig machen. Zudem würde man in die Spalten des Etats Ziffern als Einnahme eintragen, die in diesem Sinne bloß formelle Bedeutung haben, die beliebig hochgestellt werden können, und die in den späteren Etats über kurz oder lang wieder weggelassen müßten. Das ist für mich der Gegenstand der größten Besorgnis. Ich glaube, ohne dabei stets daran festhalten zu müssen, daß die Finanzbehörde einer festen Grundlage bedarf, von der aus sie das Gleichgewicht des Etats verteidigen kann. Sonst ist sie den mächtigen Ansprüchen der Reichsrentiers wehrlos preisgegeben. Wenn bei der Aufstellung des kommenden Etats jedermann sich darauf berufen darf, daß die große Reserve der Ueberüberschüsse von 1911 im Hintergrunde stehe, wie soll es da vermieden werden, daß der Etat für 1913 wiederum der Anfang einer gleich verhängnisvollen Entwicklung wird, wie wir sie in den Jahren 1900—1903 schaudernd erlebt haben?“

Inzwischen, es ist überhaupt auf das dringendste davor zu warnen, sich durch einen minder ungünstigen Ausfall der Einnahmeergebnisse in Hoffnungen einwiegen zu lassen. Entscheidend ist allein, ob es gelingt, die nächstjährigen Etats so zu balancieren, daß die Ausgaben mit den auf Grund normaler Schätzung ermittelten wirklichen Einnahmen dieser einzelnen Jahre in Einklang zu halten sind. Nach meiner Ueberzeugung ist dies auf der bisherigen Grundlage unmöglich. Man wird, wenn man versuchen will, sich noch einige Jahre hinzuhalten, unbedingt zu künstlichen Mitteln greifen müssen, und deshalb ist es, wenn die Gesundheit der Reichsfinanzen nicht noch weiter preisgegeben werden soll, nicht zu umgehen, daß schon der Etat von 1913 die Eröffnung neuer Einnahmequellen vorsieht. Um welche Einnahmequellen es sich dabei handelt, brauche ich hier nicht nochmals zu erörtern.“

Man hat die riesigen Neuausgaben für Militär und Marine bewilligt. Im nächsten Winter wird die Steuerfrage wieder brennend. Mit künstlichen Schiebungen, die zum Ruin der Reichsfinanzwirtschaft führen, geht es dann nicht mehr!

haben wir jemals, wenn wir unsere Anschauungen im öffentlichen Leben in dieser Frage vorbringen, behauptet: Die Sozialdemokratie will nichts von Abrüstung wissen, weil sie unüberwindlich, unlogisch und unwissenschaftlich ist? Nein, nie! Im Gegenteil! So oft wir Veranlassung und Gelegenheit hatten, bekämpften wir das Wettrüsten, betonten wir scharf den Charakter der Sozialdemokratie als einer (der einzigen wirklichen!) Friedenspartei. Und die Gegner brachten wir mit dieser unserer Stellungnahme stets in die größte Verlegenheit. Sie waren es, die uns gegenüber fortwährend erklärten, daß der Frieden ja eine sehr schöne erstrebenswerte Sache sei, aber die Forderung des Abrüstens, der Rüstungseinschränkungen sei — utopisch. Soweit es sich um die öffentliche Propaganda und um parlamentarische Aktionen handelt, befinden sich unsere Antibrüstungsfreunde also in einer merkwürdigen Uebereinstimmung mit den bürgerlichen Parteien.

Zu welchen Konsequenzen führt denn ihr Standpunkt? Wenn die Partei sich ihr Programm zu eigen machte, müßte sie eine gründliche Schwächung in der Frage machen. Wenn man die logische Unmöglichkeit der Abrüstung innerhalb des bürgerlichen Staats proklamiert, dann darf man nicht nur keine Abrüstungsanträge im Parlament stellen, sondern man müßte auch das Wettrüsten der kapitalistischen Welt als eine in der Entwicklung liegende unabänderliche Tatsache hinnehmen. Das würde bedeuten, daß unsere Genossen auch bei neuen Rüstungsforderungen der Regierungen gar keinen ernsthaften Widerstand leisten könnten. Wenn man anerkennt, daß Militärvorlagen usw. „unbedingt nötig“ für den heutigen Kapitalismus sind, wie will man dann noch die Massen zum Widerstand aufrufen? Oder wie stellen sich jene Genossen sonst die Realisierung ihrer Theorie auf die praktische Politik und auf die öffentliche Propaganda vor?

Abrüstung und Sozialdemokratie.

Die Forderung des Abrüstens dürfe nicht gestellt werden; sie sei vom sozialdemokratischen Standpunkte aus utopisch, sie sei besonders nicht marxistisch. Eine solche Forderung vom sozialdemokratischen Standpunkte sei etwas Neues, eine stark veränderte Taktik in der Militärfrage. — Das und ähnliches erklären seit einiger Zeit etliche Genossen in langen Artikeln, in denen sie ihre Ansicht zu beweisen versuchen. Wie war es denn bisher jahrzehntelang in der deutschen Sozialdemokratie und wohl auch der der anderen Länder?

Die Sozialdemokratie war stets eine Friedenspartei, und diese Eigenschaft war sogar eines ihrer stärksten Argumente gegenüber dem Wettrüsten. Und nicht etwa nur in dem Sinne, daß der sozialistische Staat das Ideal des Weltfriedens bringe, sondern daß schon in der gegenwärtigen Gesellschaftsordnung Forderungen dieser Art gestellt werden müssen. Nur so ist die Sozialdemokratie in der Militärfrage dem öffentlichen Leben bekannt! Und nirgends ist bisher in die Erscheinung getreten, daß unsere propagandistische Tätigkeit anders gemeint und anders ausgefaßt worden wäre. Hätten jene widerprechenden Genossen recht, dann hätte die ganze internationale Sozialdemokratie sich bisher in einer schweren Selbsttäuschung befunden und sie hätte alle Welt mit getäuscht.

Die Haltung unserer Partei zum Friedensmanifest des russischen Jaren wurde in die Debatte gezogen. Wie lag es denn damals? Als wir hinaus in die Agitation zogen, da haben unsere Agitatoren dieses Manifest als einen indirekten intellektuellen Erfolg der sozialdemokratischen Wissenschaft, als eine ungewollte Bestätigung ihrer Auffassung in der Abrüstungsfrage hingestellt. In Flugblättern und in der Presse wurde ebenso verfahren, und niemand in der Partei hat widersprochen. Wenn der interessante Was eines russischen Herrschers „lächerlich gemacht“ worden ist, dann wohl doch nur in dem Sinne, daß er die ganze Widersinnigkeit des modernen Militärstaates aufzeige. Und als die wiederholten Vorschläge von England auf Einhalt in den Rüstungen und auf den Versuch einer Verständigung kamen, da hat die deutsche Sozialdemokratie diese Bestrebungen — welchen Motiven sie auch entspringen mögen — durchaus nicht lächerlich und unüberwindlich gefunden. Sie hat vielmehr der deutschen Regierung schwere Vorwürfe gemacht, daß an ihrer unbedingten Ablehnung solche Versuche von vornherein scheiterten.

Trotz alledem hätte die Sozialdemokratie bringende Veranlassung, ihren Standpunkt von neuem zu prüfen und eventuell zu ändern, wenn neue theoretische Gründe der bisherigen Haltung der Partei entgegengestellt werden könnten. Denkbar wäre ein solcher Vorgang in Rücksicht auf das ungeheure Fortschreiten des Imperialismus der neuesten Zeit immerhin. Solche Gründe sind bisher aber nicht beigebracht worden. Es scheint, als ob jene kritischen Genossen in der Abrüstungsfrage nur die zweifellos vorhandene Tendenz der kapitalistischen Staaten sehen, ohne zu bedenken und zu beachten, daß die Entwicklung zugleich Widerstände auslöst, die dieser Tendenz direkt entgegenwirken. Als Tendenz gedacht, abgesehen von aller Wirklichkeit, haben die Kritiker mit ihrer Auffassung von der Entwicklung des Militarismus gewiß recht. Es wäre aber doch furchtbar, wenn ein jahrtausendelanges Vordrängeschreiten der Menschheit enden müßte in einem Meer von Blut und unter den Trümmern von Nordwesttürmen. Die Aussicht auf eine derartige unabänderliche Entwicklung würde die sozialdemokratische Partei der Gegenwart überflüssig machen und ihr jede Werkkraft nehmen. Die pure Unmöglichkeit der Abrüstung brächte als unvermeidliche Folge eine derartige Perspektiv. Es liegt aber ganz anders.

Der fortschreitende Militarismus und Imperialismus entwickelt zugleich Widerstände gegen sich selbst auch in den bürgerlichen Kreisen, die vom persönlichen Standpunkte aus an der unbedingten Aufrechterhaltung der gegenwärtigen gesellschaftlichen Einrichtungen kein besonderes Interesse haben. Je mehr auch sie zu den Rüstungslasten herangezogen werden, desto mehr steigt ihr Widerwille dagegen und ihr Interesse für die Partei oder Klasse, die diesen Zustand ändern will. Ferner wird die Unmöglichkeit der Rüstungen mit ihrem Fortschreiten immer offener, Man rüstet und rüstet, und das militärische

entwickelt zugleich Widerstände gegen sich selbst auch in den bürgerlichen Kreisen, die vom persönlichen Standpunkte aus an der unbedingten Aufrechterhaltung der gegenwärtigen gesellschaftlichen Einrichtungen kein besonderes Interesse haben. Je mehr auch sie zu den Rüstungslasten herangezogen werden, desto mehr steigt ihr Widerwille dagegen und ihr Interesse für die Partei oder Klasse, die diesen Zustand ändern will. Ferner wird die Unmöglichkeit der Rüstungen mit ihrem Fortschreiten immer offener, Man rüstet und rüstet, und das militärische

entwickelt zugleich Widerstände gegen sich selbst auch in den bürgerlichen Kreisen, die vom persönlichen Standpunkte aus an der unbedingten Aufrechterhaltung der gegenwärtigen gesellschaftlichen Einrichtungen kein besonderes Interesse haben. Je mehr auch sie zu den Rüstungslasten herangezogen werden, desto mehr steigt ihr Widerwille dagegen und ihr Interesse für die Partei oder Klasse, die diesen Zustand ändern will. Ferner wird die Unmöglichkeit der Rüstungen mit ihrem Fortschreiten immer offener, Man rüstet und rüstet, und das militärische

entwickelt zugleich Widerstände gegen sich selbst auch in den bürgerlichen Kreisen, die vom persönlichen Standpunkte aus an der unbedingten Aufrechterhaltung der gegenwärtigen gesellschaftlichen Einrichtungen kein besonderes Interesse haben. Je mehr auch sie zu den Rüstungslasten herangezogen werden, desto mehr steigt ihr Widerwille dagegen und ihr Interesse für die Partei oder Klasse, die diesen Zustand ändern will. Ferner wird die Unmöglichkeit der Rüstungen mit ihrem Fortschreiten immer offener, Man rüstet und rüstet, und das militärische

er Straße
Kelterer
Kelterei
ermut-Wel
beer-Wehr
eine Vorwerk
erteilhaft in
Pirnaische
trasse 3/5
ntschel.
Laden
züge
Tisch-
Schlaf-
decken
Gardinen
gepocht und
ausgewaschen
Wasser- Kette
os, Sitzen
Wandverkleidung
t und billig
t. Beliebter
mann
14.
age.
hthrohr
9 4
2.90 2.30
2.10 2.00
1.70 1.60
1.20 2.00
L. Jägerstr.
beiter
Rindern
ngen
rich
berger Pl.
ichstr.
rwein
0 mll.
abre
Glas
rwein
0 mll.
ohne
Glas
salte ur.
aske
24.
ringel
die Gläser
und gelb
m
heit.
er fester
kräftig
er
a und
er